

Kapitel 19

Antiimperialismus und Autonomie – Linksradikalismus seit der Studentenbewegung

Sebastian Haunss¹

Inhalt

- Einleitung
- 1. Abgrenzung des Gegenstands
- 2. Historische Vorläufer
- 3. Entwicklungslinien der Bewegungen
 - 3.1 Der Linksradikalismus der 70er Jahre
 - 3.2 Das Ende der linksradikalen Bewegung in der alten Form und ihre Transformation in die Frauen-, Alternativ- und Anti-AKW-Bewegung
 - 3.3 Autonome Bewegungen
- 4. Zentrale Politikkonzepte im Wandel – Themen, Strategien, Aktionen
 - 4.1 Antiimperialismus
 - 4.1.1 Die Volksfrontstrategie
 - 4.1.2 Der maoistische Volkskriegs-Antiimperialismus
 - 4.1.3 Der Stadtguerilla-Antiimperialismus
 - 4.1.4 Vom Antiimperialismus zu Globalisierung?
 - 4.2 Autonomie und die Politik der ersten Person
 - 4.2.1 Politisierung der Lebensverhältnisse
 - 4.2.2 Ablehnung von Stellvertreterpolitik
 - 4.3 Militanz
 - 4.3.1 Von der Stadtguerilla zur Straßenschlacht
- 5. Organisationen und Netzwerke
 - 5.1 Parteien, Gruppen, Bünde, Stadtguerilla – die Organisationsformen der Linksradikalen in den 70er Jahren
 - 5.2 Plenum und Gruppe – die Organisationsformen der Autonomen
 - 5.3 Subkultur und Szene
- 6. Wirkungen und Perspektiven
- 7. Weiterführende Literatur

Einleitung

Linksradikale (Bewegungs-)Politik hat seit der Studentenbewegung der 60er Jahre einen markanten Wandel durchlaufen. Dies betrifft Veränderungen von Organisation, Ideologie sowie thematischer und lebensweltlicher Orientierungen. Was ist geblieben vom Aufbruch der StudentInnen in den Jahren 1967 und 68? Was waren oder sind die wesentlichen Themen der aus der Studentenbewegung hervorgehenden neuen Bewegungen? Was sind ihre sozialen und politischen Orte, und wie wurden einzelne Elemente ihrer Politik im Verlaufe von vier Jahrzehnten transformiert? Welche Faktoren führten zu Brüchen und grundsätzlichen Neuorientierungen?

1. Abgrenzung des Gegenstands

Dieser Beitrag deckt nicht das gesamte Spektrum linksradikaler Politik seit Beginn der 70er Jahre ab, sondern beschränkt sich auf zwei zentrale Strömungen: die antiimperialistisch orientierten Organisationsansätze der 70er Jahre und die Autonomen, dies sich seit den 80er Jahren als Bewegung etablierten. Statt einer detaillierten Organisationsgeschichte werden im Folgenden anhand der beiden Zentralbegriffe Antiimperialismus und Autonomie die wichtigsten Entwicklungslinien des bundesdeutschen Linksradikalismus diskutiert, andere Strömungen dagegen ausgeklammert.² Dabei ist der Begriff des Linksradikalismus mit Bedacht gewählt, ist er doch im Gegensatz zum offiziösen Links-Extremismus ein politisch und wissenschaftlich gehaltvollerer Begriff, der nicht in erster Linie der Marginalisierung von im politischen Alltagsgeschäft nicht erwünschten Akteuren dient, sondern auf den grundlegenden und daher

mit dem Bestehenden inkompatiblen Veränderungsanspruch der sich den linksradikalen Strömungen zurechnenden AktivistInnen verweist.

2. Historische Vorläufer

Verlässliche Aussagen über linksradikalen Protest in der Bundesrepublik vor dem Entstehen der »neuen« sozialen Bewegungen der 60er und 70er Jahre sind aufgrund kaum existenter Forschung nicht zu machen. Umfangreiche linksradikale Mobilisierungen vor den 60er Jahren blieben im Wesentlichen auf den organisatorischen Rahmen der KPD und ihrer Jugendorganisation FDJ beschränkt. Zentrale Aktionsfelder waren neben traditioneller Arbeiterpolitik und Gewerkschaftsarbeit vor allem Proteste gegen die mangelnde Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und den anhaltenden Einfluss von Nationalsozialisten in der BRD sowie das Engagement in der Friedensbewegung und gegen die Wiederbewaffnung. Erst im Verlauf der 60er Jahre gewannen im Kontext der Studentenbewegung in Deutschland linksradikale Strömungen, die sich nicht in erster Linie in der Tradition der Arbeiterbewegung sahen, an Gewicht.

3. Entwicklungslinien der Bewegungen

3.1 Der Linksradikalismus der 70er Jahre³

Die Zeit nach dem Regierungsantritt der sozialliberalen Koalition war eine Epoche der be-

schleunigten Modernisierung der bundesrepublikanischen Verhältnisse (s. o. Kap. 4). Stimuliert durch eine Vielzahl angekündigter innerer Reformprojekte sowohl im Bildungs- als auch im sozialen Infrastrukturbereich und durch einen gravierenden Kurswechsel in der Außenpolitik befand sich das Land in den frühen 70er Jahren in einer Aufbruchphase. Die rückblickende Einschätzung des ehemals maoistischen Aktivisten Gerd Koenen, dass »die frühen siebziger Jahre ... dem intellektuellen Zeitklima nach eher noch linker als die späten sechziger« gewesen seien (Koenen 2001: 185), stützt die These, dass die von der SPD/FDP-Koalition unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt forcierten Reformansprüche – zumindest für eine gewisse Zeit – eine bestimmte Form des politischen Linksradikalismus begünstigt haben.

Statistiken des bundesdeutschen Verfassungsschutzes, dessen Erfassungs- und Beobachtungskriterien allerdings nicht transparent und zudem aus einer instrumentell antikommunistisch geprägten Freund-Feind-Optik bestimmt sind, legen nahe, dass sich in den 70er Jahren im Durchschnitt rund 100.000 AktivistInnen pro Jahr direkt oder in »Nebenorganisationen des Linksextremismus«, sprich in den verschiedenen Gruppen und Fraktionen der westdeutschen radikalen Linken inklusive der Moskau-orientierten Gruppen und Parteien, engagiert haben sollen. Wenn diese Zahlen stimmen sollten, so waren – unter Berücksichtigung von Fluktuationen – in den 70er Jahren mehrere Hunderttausend Menschen zumindest aus der Sicht des Verfassungsschutzes »linksextremistisch« tätig.

Diese Gruppen hatten ihre Schwerpunkte in einzelnen Universitätsstädten. Dort war durch die Revolte der 60er Jahre eine linke Hegemonie oder, in den Worten Rudi Dutschkes aus dem Jahr 1967, »ein Hinterland« für Protestaktivitäten aller Art Jahren

entstanden, das allerdings im Vergleich zu der massenwirksamen Protestbewegung der 60er Jahre fraktionell stark zersplittert war. Gründe dafür lagen in den unterschiedlichen Deutungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit der BRD, insbesondere der Uneinigkeit über die angemessene politische Verarbeitung des relativen Erfolges der 68er-Studentenrevolte. Dieser war es immerhin gelungen, die durch einen militanten Antikommunismus geprägte innenpolitische Friedhofsruhe zu durchbrechen.

Zentrale Themen und Gegenstände linksradikaler Protestaktivitäten waren in der ersten Hälfte der 70er Jahre die Auseinandersetzungen um die Schul- und Universitätsreform, diverse Betriebs- und Häuserkämpfe, unterschiedliche Formen der Frauendiskriminierung sowie antiimperialistisch motivierte Internationalismuskampagnen. Gerade in dem letzten Bereich kam die implizite Verknüpfung mit einem zentralen Motiv der 68er-Revolution besonders deutlich – zuweilen auch in spektakulären Aktionen – außenwirksam zum Tragen.

3.2 Das Ende der linksradikalen Bewegung in der alten Form und ihre Transformation in die Frauen-, Alternativ- und Anti-AKW-Bewegung

Als spektakulärer Scheitel- und Endpunkt der linksradikalen Bewegung in den 70er Jahren können die Ereignisse rund um die Schleyer-Entführung im so genannten »Deutschen Herbst« in den Monaten September und Oktober des Jahres 1977 interpretiert werden. Mit dem Ziel, inhaftierte Mitglieder der Rote Armee Fraktion (RAF) freizupressen, wurde dem bundesdeutschen Staat von Kommandos der RAF mit einem zuvor unbekanntem Aus-

maß der Gewalt die Machtfrage gestellt. In dieser kriegerisch geprägten Auseinandersetzung wurde jeder grundsätzlichen und vor allem subversiven Kritik an Staatsgewalt und herrschenden Verhältnissen der Boden entzogen – ein Prozess, dem sich auch viele an den Universitäten lehrende linke Intellektuelle nicht entgegenstellten. Die sich militärisch gerierende Politik einer Gruppierung aus der radikalen Linken eröffnete den staatlichen Instanzen die Möglichkeit mit unbeugsamer Härte zu reagieren. So wurde das Leben der Geisel Hanns Martin Schleyer ähnlich mitleidlos preisgegeben wie das seiner zuvor exekutierten Begleiter. Am Ende entschied der – durch die mörderisch gewordene Praxis der damaligen RAF gerade nicht ins Unrecht gesetzte – Staat sowohl mit militärischen als auch politischen Mitteln die Auseinandersetzung für sich.

Dieser Scheitel- und Endpunkt der linksradikalen Bewegung der 70er Jahre enthielt aber auch ein dialektisches Moment. Nicht zuletzt in Reaktion auf die Erfolglosigkeit linksradikaler Partei- und Organisationskonzepte hatten sich bereits Jahre vor dem Deutschen Herbst Bewegungen entwickelt, die massenhaften Charakter annehmen sollten. Es handelt sich hier hauptsächlich um die Frauen-, Alternativ-, Bürgerinitiativ- und Anti-AKW-Bewegung. Bei aller Unterschiedlichkeit ist diesen Bewegungen zumindest in ihrer Grundkonstitution gemeinsam, dass ihnen ganz im Unterschied zur linksradikalen Bewegung ein Antiimperialismusbezug, und damit auch ein auf die Machtfrage gegen den Staat zugespitztes Militanz- und Gewaltverständnis, weitgehend fehlt. Dass selbstverständlich auch in diesen Bewegungen die Reflexion und Praxis von Gegengewalt eine zentrale Rolle spielen musste, da sich ansonsten diese neuen Protestbewegungen gar nicht hätten bilden können, steht außer Frage. Aber

die Abkehr von parteiförmigen Organisationsmodellen und die Bezugnahme auf eine »Politik der ersten Person« weisen auf eine weitgehende Neuorientierung linksradikaler Politik zum Ende der 70er Jahre hin.

Folgerichtig kam es im Verlauf des letzten Drittels der 70er Jahre gerade bei den maoistischen Gruppen zu einem Prozess der Selbstauflösung. Die autoritären Formen der Unterordnung, die in diesen Gruppen von Zehntausenden ihrer Mitglieder und Gefolgsleuten über Jahre hinweg praktiziert wurden, konnten ebenso wenig wie die stets propagierte Vision eines Volkskriegs-Antiimperialismus chinesischer Provenienz eine überzeugende Antwort auf die Frage der Macht und auf die nach emanzipativen Lebensentwürfen geben.

3.3 Autonome Bewegungen⁴

Der gesellschaftspolitische Rahmen, in dem die Autonomen entstanden, war geprägt durch eine Expansion des staatlichen Bildungsbereiches und verbunden mit dem nicht eingelösten Reformversprechen »mehr Demokratie (zu) wagen«. Gleichzeitig ließ ein hohes Sozialstaatsniveau existentielle Fragen der Sicherung des Lebensunterhalts für viele der AktivistInnen weniger in den Vordergrund treten als dies in den folgenden Jahrzehnten der Fall war.

Als Bewegung sichtbar wurden die Autonomen erstmals Mitte der 70er Jahre als militanter Flügel der sich entwickelnden Anti-AKW-Bewegung, zu deren moderatem Flügel ein konfliktreiches Verhältnis fortbesteht. Vor allem in Norddeutschland entstanden autonome Gruppen als Alternative zum gewaltfreien Protest der Bürgerinitiativen auf der einen Seite und den Usurpationsversuchen des Kommunistischen Bundes (KB) auf der anderen

Seite. Wirklich öffentlich wahrgenommen wurden die Autonomen allerdings erst mit der erneuten Welle von Hausbesetzungen 1980/81. Allein in West-Berlin lebten zeitweise ca. 3.000 Menschen in über 160 besetzten Häusern (Härlin 1981), und in nahezu jeder westdeutschen Großstadt und einer großen Zahl von Kleinstädten entfaltete sich eine ähnliche Dynamik. Dabei konnten die BesetzerInnen an die Politisierung von innerstädtischem Wohnungsleerstand durch Bürgerinitiativen anschließen und sich auf ein in den vorangegangenen Jahren stetig gewachsenes Netzwerk alternativer Projekte stützen.

In vielerlei Hinsicht stellen die Autonomen eine für das Bewegungsspektrum der Bundesrepublik untypische soziale Bewegung dar. Im Unterschied beispielsweise zur Anti-AKW-Bewegung oder der Frauenbewegung ist es trotz ihres inzwischen bald 30jährigen Bestehens nicht möglich, ein eindeutiges politisches oder gesellschaftliches Projekt mit den Autonomen zu verbinden. Das Themenspektrum autonomer Mobilisierungen ist breit gefächert, aber nicht beliebig. Einzelne Elemente – Atomkraft, Antifa, Stadtteilpolitik, Internationalismus – tauchen immer wieder auf, ohne allerdings eine stabile Grundlage der autonomen Bewegung zu bilden. Einzelne Projekte – Zentren, Zeitschriften, regelmäßige Treffen oder Aktionen – bilden anhaltend Kristallisationspunkte der Bewegung, ohne sich allerdings zu organisatorischen Kernen zu verdichten. Seit über 20 Jahren hängt den Autonomen zudem das Label einer Jugendbewegung an. Und auch hier präsentieren sie sich widersprüchlicher, als es auf den ersten Blick erscheint: Die kurze Verweildauer vieler jugendlicher AktivistInnen steht neben lange bestehenden »autonomen Gruppen« und Mobilisierungsnetzwerken im Umfeld der Bewegungsorganisationen und dem autonomen Milieu. Diesem sub- und gegenkulturellen, zumeist städtischen Milieu kommt eine zen-

trale Rolle zu. Die »Szene« dient sowohl als Bezugspunkt autonomer Politik als auch als Mobilisierungsreservoir. Kennzeichnend ist ein fließender Übergang zwischen Bewegung und Szene (Haunss/Leach 2007).

In der autonomen Bewegung kommen Aspekte und Elemente sozialer Bewegungen zusammen, die in der Regel getrennt sind. Die dadurch entstehende Bewegung ist sowohl identitätsorientiert als auch projektzentriert. Sie ist sowohl subkulturell als auch im politischen Sinne systemoppositionell. Sie verbindet den Kampf um die Dekolonisierung der Lebenswelt mit einem antiimperialistischen Internationalismus, ist geprägt durch eine Vielfalt der politischen Kampagnen und Projekte, gepaart mit Rigidität und Moralismus im Politischen wie im Privaten (vgl. Katsiaficas 1997). Und sie erweist sich in der Wahl ihrer Protestformen sowohl als inflexibel und stereotyp als auch als innovativ. Damit erfüllen die Autonomen geradezu idealtypisch die Definition della Portas und Dianis, die soziale Bewegung beschreiben als: »(1) informal networks, based (2) on shared beliefs and solidarity, which mobilize about (3) conflictual issues, through (4) the frequent use of various forms of protest« (della Porta und Diani 1998: 16).

Trotz der Auffächerung in diverse Themen und Richtungen verbindet die informellen Netzwerke der Autonomen ein Bündel geteilter Überzeugungen, das allerdings über die Jahre immer wieder infrage gestellt und verändert wurde. Zum Kernbestand dieser geteilten Überzeugungen gehört:

1. Der Anspruch einer subjektivistischen Politik, die individuelle Selbstveränderung als mindestens ebenso wichtig ansieht wie die Veränderung der Gesellschaft. Die Einflüsse der Frauen- und Sponti-Bewegung auf die Autonomen treten in diesem Punkt besonders deutlich zutage.
2. Eine Ablehnung traditioneller institutioneller Formen. Dieser antiinstitutionelle Impuls richtet sich sowohl gegen die Parteien und Institutionen des politischen Systems und der staatlichen Verwaltung als auch gegen immer

wieder ins Spiel gebrachte Versuche, eher dem K-Gruppen-Modell folgende Organisationsstrukturen bei den Autonomen zu etablieren. Hier kommen Ideale zum Tragen, die aus einem meist diffusen Anarchismus und den Vorstellungen der Alternativbewegung gespeist sind.

3. Eine grundsätzliche GegnerInnenschaft zur herrschaftlichen (kapitalistischen) Ordnung der Gesellschaft.

Daneben spielt ein Formelement, die Militanz, eine kontinuierliche und bedeutende Rolle: Die Straßenschlachten, Krawalle, Zaunkämpfe, Sabotageaktionen und Anschläge sind sowohl Ausdruck und Konsequenz der systemoppositionellen Haltung der Autonomen, die den herrschaftlichen Anspruch des staatlichen Gewaltmonopols zurückweist, als auch identifikatorisches Kernstück einer oppositionellen, »revolutionären« Selbststilisierung.

Am Anfang der Autonomen stehen also auf der einen Seite der Bruch mit den K-Gruppen und der Alternativbewegung, auf der anderen Seite die Straßenschlachten. Beide Aspekte ziehen sich in den folgenden 30 Jahren durch die Bewegungsgeschichte der Autonomen. Mobilisierungsschwerpunkte waren dabei Hausbesetzungen und autonome (Jugend-)Zentren (1980/81 und 1989-91), verschiedene Anti-AKW-Proteste (v. a. Brokdorf 1981 und 1986, Gorleben 1982-87 und 1995-2000, Wackersdorf 1985-87), die Auseinandersetzung um die Startbahn West des Rhein-Main Flughafens Frankfurt (1981-87), antimilitaristische Proteste (gegen Rekrutengelöbnisse z. B. Bremen 1980, Berlin 1996), internationale Solidarität (gegen Interventionspolitik der USA in Mittelamerika (1980-89), Apartheid in Südafrika (1990), israelische Palästina-Politik (1988-91), Ausbeutung der Dritten Welt und die Rolle von IWF und Weltbank (1985, 1987, 1992, 1995, 1999 ff., 2007), Antifaschismus (1982-87 und 1989

ff.), Antirassismus und Flüchtlingspolitik (1989-93, 1997 ff.) sowie lokale Proteste (z. B. Hafensstraße Hamburg 1985-90, 1. Mai Berlin 1987 ff.).

4. Zentrale Politikkonzepte im Wandel – Themen, Strategien, Aktionen

4.1 Antiimperialismus

Der Antiimperialismus der Studentenrevolte entwickelte sich zunächst aus einer impliziten und dann auch explizit werdenden Abgrenzung sowohl gegenüber antikolonial motivierten Unterstützungstätigkeiten wie z. B. für Algerien als auch gegenüber Friedensbewegungsaktivitäten aller Art (Anti-Atombombenbewegung, Ostermarsch, Frieden für Vietnam). Die zunächst erfolgreich geführten nationalen Unabhängigkeitskämpfe in Kuba, Algerien und Vietnam schienen nicht nur den Beweis erbracht zu haben, dass der westliche Imperialismus durch einen entschlossen durchgeführten revolutionären Befreiungskrieg besiegt war. Darüber hinaus schienen diese Konflikte zu bestätigen, dass einer so genannten »Dritten Welt« auch in machtpolitischer Hinsicht die Zukunft einer besseren Welt – auch in der Wirklichkeit westlicher Metropolen – gehört.



Abbildung 1: Aufrufplakat zur Vietnam-Demonstration am 6. Februar 1971 in München

Gewissermaßen in Erbfolge zum internationalen Vietnamkongress im Februar 1968 in West-Berlin bildete für alle Gruppen linksradikaler Provenienz in den 70er Jahren die programmatische Verpflichtung auf Antiimperialismus ein ideell einigendes Band. Allerdings blieb die Frage nach den anzuwendenden konkreten Strategien in der Bundesrepublik ein Feld erbittert und zum Teil unversöhnlich geführter innerlinker Debatten. Denn im Horizont der Theorie und Praxis der internationalen Arbeiter- und Solidaritätsbewegung konnten sowohl die antiimperialistisch begründete Strategien der Volksfront als auch die des Volkskrieges und der Stadtguerilla Legitimität beanspruchen. Entlang dieser strategischen Linien vollzogen sich unterschiedliche Formen des politischen Protestes, die von So-

lidaritätskampagnen, lobbyistischen Einflussnahmen, Massendemonstrationen, militanten Besetzungsaktionen und Kongressen bis hin zu Bombenanschlägen und Attentaten auf Personen reichten. Im Unterschied allerdings zu den 60er Jahren, in denen bestimmte nationale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt mit ihrer »abstrakten Gegenwart in den Metropolen« (Oskar Negt) als Modelle aufgegriffen wurden, entwickelten sich die antiimperialistischen Kampagnen der 70er Jahre zu einer unspezifisch werdenden »Ländersolidarität«. Die wesentlichen internationalistischen Kampagnen der 70er Jahre waren: Vietnam (1969-1973), Chile (1973-1976), Portugal (1974-1975), Angola (1975-77), Zimbabwe (1976-1980) und Kampuchea (1978-1980). Parallel dazu existierten in dem genannten Zeitraum Gruppen zur Unterstützung des Unabhängigkeitskampfes in Palästina, die jedoch – vermutlich aufgrund des komplexen Bezugs zu Israel – zu keinem Zeitpunkt das öffentlichkeitswirksame Ausmaß anderer Internationalismuskampagnen erreichten (Schmierer 1988: 121; Kloke 1990). Fast alle Internationalismuskampagnen waren auch durch gegenseitige Hegemonialkämpfe zwischen den verschiedenen linksradikalen Gruppen geprägt und von tief greifenden Auseinandersetzungen um die politische Richtung und Perspektive begleitet.

4.1.1 Die Volksfrontstrategie

Der Protest gegen den bis 1975 andauernden Vietnam-Krieg wurde in den 70ern in der Bundesrepublik wesentlich von der *Internationalen Initiative Vietnam Solidarität* (IIVS) organisiert. Hervorgegangen war sie ab Mitte der 60er Jahre u. a. aus der karikativ orientierten Hilfsaktion Vietnam, internationalen Kontakten zum Russell-Tribunal gegen die Kriegführung der USA, der Stockholmer

Vietnamkonferenz sowie der Kampagne für Demokratie und Abrüstung. Die Initialzündung war ein Aufruf zu Protesten zum »Vietnam-Tag« am 15. November 1969, an dem sich ca. 40 000 Menschen beteiligten (Werkmeister 1975: 93–96). Von Beginn an verstand sich die Initiative »angesichts der Entwicklung im außerparlamentarischen Raum (als) als eine punktuelle Aktionseinheit verschiedenster Kräfte in der Solidarität mit dem vietnamesischen Volk« (ebd.: 95). Dazu gehörten in den Folgejahren leitende Funktionäre politischer Organisationen wie z. B. der Jungsozialisten, der Jungdemokraten, der Deutschen Kommunistischen Partei sowie der Evangelischen Studentengemeinden. Die IIVS strebte an, eine Politik der antiimperialistischen Volksfront zu realisieren. Diese ging davon aus, dass sich »drei mächtige Kräfte der Gegenwart: das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterklasse und die nationale Befreiungsbewegung« im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen würden. In den Metropolen ging es vor allem darum, »den verbrecherischen und klassenbedingten Charakter imperialistischer Politik – insbesondere der USA und der BRD« aufzudecken und »die Solidarität mit den nationalen Befreiungsbewegungen« in den Mittelpunkt der Politik zu stellen (*Antiimperialistisches Informationsbulletin* Nr. 1, Januar 1971: 2).

Die Tätigkeit des IIVS bestand sowohl in der Organisation von Spenden als auch diverser Informationskampagnen zur Vietnam-Solidarität. Zu dieser Öffentlichkeitsarbeit gehörten Vietnam-Hearings und andere Informationsveranstaltungen sowie die Durchführung und Unterstützung von Rundreisen, die Delegationen der vietnamesischen Befreiungsbewegung in der BRD unternahmen. Als Höhepunkt dieser Linie der antiimperialistischen Vietnam-Solidarität können mehrwöchige Massenproteste ab Dezember 1972

anlässlich der Wiederaufnahme US-amerikanischer Bombenangriffe auf Vietnam gelten, an denen sich über 100 000 Personen beteiligten. Auf diesen Demonstrationen und Kundgebungen sprachen auch Redner aus dem IG Metall-Vorstand und ein FDP-Bundestagsabgeordneter (Werkmeister 1975).

4.1.2 Der maoistische Volkskriegs-Antiimperialismus

Von den maoistisch inspirierten kommunistischen Bündeln, Zirkeln und Parteien der 70er Jahre wurde im Rahmen ihrer internationalistischen Unterstützungskampagnen die Formel des revolutionären Volkskrieges bemüht und mit Hilfe eines entsprechenden aggressiven Vokabulars propagiert. Kennzeichen dieser antiimperialistischen Strategie war die so genannte Drei Welten-Theorie, in der auch der Sowjetunion nicht nur sozialimperialistische Tendenzen, sondern eine ähnliche, wenn nicht sogar eine aggressivere Rolle in der Weltpolitik bescheinigt wurde als den USA. Ein Blick in die Publikationen dieser Gruppierungen belegt, dass die Proklamation des Antiimperialismus sowohl für die Binnenkonstitution als auch für die Außenpolitik dieser Organisationen eine zentrale Rolle eingenommen hat. So wusste sich beispielsweise die größte maoistische Organisation der 70er Jahre in der BRD, der Kommunistische Bund Westdeutschland (KBW), im Jahre 1978 in einer »einstimmig beschlossenen taktischen Resolution« zu attestieren, dass man sich »als Teil der proletarischen Weltarmee (...) am Aufbau der weltweiten Front gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus« beteilige (*Kommunistische Volkszeitung*, 12.6.1978).

Eine exemplarische Volkskriegs-Antiimperialismuskampagne des westdeutschen Maoismus

wurde 1972 von der *Liga gegen Imperialismus*, einer so genannten »Massenorganisation« im Vorfeld der KPD/Aufbauorganisation (AO), durchgeführt. Sie stand unter dem Motto »Alles für den Sieg des kämpfenden Vietnam«. Verbunden mit dem erstmaligen Erscheinen der Zeitschrift *Internationale Solidarität* wurden im ganzen Bundesgebiet zentrale Demonstrationen, »nationale Delegiertenkonferenzen« und Kongresse abgehalten. Mitte des Jahres 1972 behauptete die Liga die Existenz von 200 Vietnam-Ausschüssen bundesweit (*Internationale Solidarität* Nr. 6, 1972: 3). Im April 1973 fand unter der Führung eben jener Liga die wahrscheinlich spektakulärste antiimperialistische Aktion des bundesdeutschen Maoismus der 70er Jahre statt: Anlässlich des Staatsbesuches des südvietnamesischen Ministerpräsidenten Thieu am 10. April 1973 in Bonn spaltete sich von einer Demonstration mit 4 000 TeilnehmerInnen ein Block der KPD/AO und die von ihr geführte *Liga gegen Imperialismus* ab, besetzte am Mittag das Bonner Rathaus und hisste dort die Fahnen der Demokratischen Republik Vietnam und der vietnamesischen Befreiungsfront. In einem Flugblatt erklärte die KPD und ihr *Nationales Vietnamkomitee*, dass das »Bonner Rathaus von Antiimperialisten besetzt« worden sei (*Internationale Solidarität* Nr. 13, 1973: 4 ff.). Dieser Aktion, die das ihre zur Konfusion des Staatsbesuches beitrug, folgte die staatliche Repression auf dem Fuße. Die Büros der *Liga gegen Imperialismus* wurden durchsucht; bei anschließenden Aktionen wurden durch die Behörden Demonstrationsverbote ausgesprochen.

Aus dieser Strömung des Linksradikalismus wurden im Verlaufe der 70er Jahre umfangreiche internationalistische Solidaritätskampagnen insbesondere für die Entkolonisierungs- und nationalen Unabhängigkeitskämpfe in Zimbabwe, Angola und Mocambique getragen. Diese Kampagnen erbrachten ein beachtliches Ausmaß an materiellen Unterstützungsleistungen. Zugleich konnten sich dabei führende Kader der maoistischen Parteien als zukünftige Staatschefs in Wartestellung insze-

nieren.

Den Endpunkt maoistischer Volkskriegs-Solidaritätskampagnen der 70er Jahre bildete in vielfältiger Hinsicht die vom KBW forcierte Unterstützung des massenmörderischen Pol-Pot-Regimes in Kambodscha (*Kommunistische Volkszeitung*, 6.11.1978). Dorthin hatte man entsprechende »Delegationen« entsandt. Auch als die Massenmorde nach dem Sturz dieses Regimes im Jahre 1979 international bekannt geworden waren, wurden noch mehrere hunderttausend DM für die Roten Khmer gesammelt (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.1.2001).

4.1.3 Der Stadtguerilla-Antiimperialismus

In der frühen RAF versammelte sich eine Reihe von AktivistInnen, die bereits in der Studentenrevolte bedeutsam oder prominent geworden waren. Ulrike Meinhof hatte bereits in einem im November 1967 in der Zeitschrift *Konkret* publizierten Kommentar den Vietnamkrieg unter Hinweis »auf den imperialistischen Charakter dieses Kriegs als eines Krieges zur Aufrechterhaltung der amerikanischen Vormachtstellung in der Welt« diskutiert und daraus gefolgert, dass »wer begriffen hat, was in Vietnam los ist«, allmählich anfangs, »mit zusammengebissenen Zähnen und einem schlechten Gewissen herumzulaufen«.

Ganz in diesem Sinne kann sowohl der Gründungs- als auch der Begründungsprozess der Gruppe in den frühen 70er Jahren verstanden werden. Bis zur ihrer fast völligen Zerschlagung im Sommer des Jahres 1972 kreiste die RAF in den wesentlichen programmatischen Schriften um die Frage des Antiimperialismus (zu den Texten der RAF vgl. ID-Verlag 1997). Mit ihrer »Mai-Offensive« suchte sie 1972 mit Bombenanschlägen u. a.

gegen das US-Kommando in Heidelberg an die alte »Zerschlagt die NATO-Kampagne« der vorangegangenen Studentenbewegung anzuknüpfen (vgl. Roth 1980).

Die zentrale Bedeutung des Antiimperialismus ist auch für die Begründungen der beiden anderen Stadtguerilla-Gruppen in der BRD evident. Das gilt sowohl für die ausschließlich in West-Berlin operierende Bewegung 2. Juni (zu den Texten des 2. Juni vgl. Der Blues 1982) als auch für die Revolutionären Zellen (RZ), die im Zusammenhang mit einem im November 1973 wegen des Chile-Putsches durchgeführten Anschlag auf die ITT-Niederlassung in Nürnberg ins Leben gerufen wurden (zu den Texten der RZ vgl. ID Archiv im IISG 1993).

Der in Form einer Stadtguerilla praktizierte Antiimperialismus stellte von allen seitens der linksradikalen Nachfolgegruppen der Studentenrevolte gewählten Strategieformen sowohl in inhaltlicher als auch machtpolitischer Hinsicht die größte Herausforderung für den Staat dar. Hier waren in einem nunmehr militärisch verstandenen sowie ausgeprägten Konflikt Tote auf beiden Seiten zu beklagen. Dabei war schnell klar, dass sich die Theorie und Praxis der RAF nicht, wie z. B. die bewaffneten Roten Brigaden in Italien, auf einen »Unterbau sozialer Wut« (Agnoli 1998: 142) stützen konnten. Während für den in Stammheim inhaftierten Führungskern der ersten RAF-Generation ein antiimperialistischer Begründungszusammenhang weiterhin eine zentrale Rolle spielte, war für die Mitglieder der neu gegründeten RAF das Ende des Vietnamkrieges im Jahre 1975 nach dem Abzug der US-amerikanischen Truppen keine wesentliche programmatische Erörterung mehr wert. Motiviert durch die skandalösen Haftbedingungen einsitzender RAF-Gefangener, die im November 1974 zum Tod von Holger Meins geführt hatten, ging es bei

den bewaffneten Geiselnahmen der Jahre 1975 und 1977 ausschließlich um die Befreiung von »Genossen«. Auf logistischer Ebene etablierte die RAF allerdings eine Zusammenarbeit erst mit palästinensischen Gruppen und später mit der französischen Action Directe, die für sich eine antiimperialistische Begründung in Anspruch nahmen und deren Ergebnis u. a. die Entführung einer Touristenmaschine der Lufthansa war.

4.1.4 Vom Antiimperialismus zu Globalisierung?

Im Rahmen einer ganzen Reihe internationalistischer Mobilisierungen bleibt der Antiimperialismus als Interpretationsrahmen auch während der 80er Jahre präsent. Allerdings spielt das noch in den 70er Jahren propagierte maoistisch inspirierte Konzept des Volkskriegs-Antiimperialismus keine Rolle mehr. Als wesentliche Strategieentwürfe verblieben in nur leicht modifizierter Form das Volksfront- und das Stadtguerilla-Konzept.

Ersteres bestimmte hauptsächlich die Unterstützung der Befreiungs- und Anti-Interventionskämpfe in Mittelamerika, und hier vor allen das Engagement für die sandinistische Regierung in Nicaragua und für die Rebellenorganisationen in El Salvador. Die sich in diesem Zusammenhang entwickelnde so genannte Solidaritätsbewegung umfasste das gesamte politische Spektrum, das bereits auch in der von der IIVS getragenen Kampagne gegen den Vietnamkrieg präsent war. Zeitweise erfuhr diese Bewegung sogar die prominente Unterstützung der nach 1982 in die Opposition geratenen Sozialdemokratie. In seinen Formen konnte dieses Antiimperialismuskonzept noch am ehesten an das populistische Bewegungsengagement der Chile-Solidarität in den Jahren 1973-76 anknüpfen. Im Unterschied zur antiimperialistischen Chile-Solidarität machte die Mittelamerika-Solidarität jedoch keinen Bezug auf die »Arbeiter-

klasse« mehr geltend.

Nach der Selbstauflösung der Bewegung 2. Juni waren mit der RAF und den RZ im Verlauf der 80er Jahre weiterhin zwei Stadtguerillagruppen präsent, die eine Kontinuität antiimperialistischer Theorie und Praxis fortzuschreiben beanspruchten. Dabei verlor sich in den programmatischen Schriften der RAF ganz im Unterscheid zu denen der RZ jede intellektuelle Distanz zur Realpolitik der Sowjetunion. Letztere versuchten ab Mitte der 80er Jahre mittels antirassistisch begründeter Aktionen eine theoretische wie praktische Neubestimmung des Antiimperialismus herbeizuführen. Die RAF dagegen ordnete ihre theoretischen Vorstellungen ganz in die durch den Widerspruch zwischen Imperialismus und Realsozialismus gekennzeichneten »globalen Kräfteverhältnisse« ein. Aus ihrem akademischen Entstehungskontext erhielt die RAF immer weniger politische Unterstützung. Neben den Stadtguerilla-Gruppen entstand in den 80er Jahren eine lebensweltlich den Autonomen nahe stehende so genannte Antiimp-Szene, die vor allem die Hungerstreiks der RAF-Gefangenen propagandistisch unterstützte. In der Zeit zwischen dem programmatischen Kongress der Antiimps 1986 in Frankfurt und dem Ende der 80er Jahre versuchte sie mit einigen Anschlägen die von der RAF ausgegebene Parole einer westeuropäischen »antiimperialistischen Front in der Metropole« umzusetzen. Die lebensweltliche Nähe – Antiimps und Autonome wohnten in den selben (besetzten) Häusern, kommunizierten teilweise über die selben Zeitschriften, hielten sich in den selben Kneipen auf – führte vor allem anlässlich der Hungerstreiks oft auch zu einer engen politischen Zusammenarbeit, die allerdings in der Regel von weit reichenden politischen Differenzen geprägt war.

Verschiedene antiimperialistische Strömungen versuchten auch die bis in den Herbst 1983 zu einer Massenbewegung werdende Friedensbewegung zu radikalisieren – beispielsweise durch Störaktionen anlässlich des 25-jährigen Bundeswehrjubiläums in Bremen am 6. Mai 1980 oder anlässlich des Besuchs des US-Außenministers Haig und des US-Präsidenten Ronald Reagan in West-Berlin. Allerdings blieben diese Radikalisierungsversuche erfolglos, wobei sich das Scheitern ziemlich genau auf den Zeitpunkt einer u. a. von Autonomen organisierten militanten, antiimperialistischen Demonstration datieren lässt, die unabhängig von einer separaten Veranstaltung großer Teile der Friedensbewegung im Juni 1983 gegen den Besuch des US-Vizepräsidenten Bush in Krefeld stattfand. Von dieser antiimperialistischen Demonstration, die von der Polizei umsichtig zusammengeschlagen wurde, hatten sich alle relevanten Teile der Friedensbewegung distanziert und damit die bestehende Kluft zu den radikalen Gruppen offenbart (25.6.1983 Krefeld Dokumentation).

Eine Neuinterpretation des klassischen, auf die Politik der Sowjetunion orientierten Antiimperialismustheorems wurde in den Jahren 1982 und 1985 in Schwerpunktheften der Zeitschrift *Autonomie – Neue Folge* vorgelegt. Darin wurde eine »Neuzusammensetzung der Unterklassen in den drei Kontinenten« (*Autonomie NF* Nr. 10: 2) konstatiert und die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) in der Schuldenkrise der 80er Jahre als »Völkermord gegen die soziale Revolution« interpretiert (*Autonomie NF* Nr. 14: 3). Diese Interpretationen trugen wesentlich dazu bei, den vorherrschenden Blick von der Politik nationaler Befreiungseliten in der trikontinentalen Welt abzuwenden und auf die Aufstände, Hungerdemonstrationen und Plünderungen in den Massenrevolten zu richten. Im Kontext dieses sich verändernden autonomen Antiimperialismusverständnisses stan-

den auch die Massenmobilisierungen gegen den Weltwirtschaftsgipfel 1985 in Bonn und gegen die Tagung des IWF im September 1988 in Berlin. Welche Integrationskraft dieses modernisierte Antiimperialismus-Deutung für die Mobilisierung hatte, haben Gerhards und Rucht (1992: 576) in ihrer Studie der IWF-Proteste 1988 in Berlin herausgearbeitet, in der sie die Kernelemente des Imperialismus-Frames beschreiben, mit denen es gelang, die ausgesprochen heterogenen Gruppen, die den Protest trugen, unter einen Hut zu bekommen.

In den 90er Jahren markierte der Fall der Sowjetunion das Ende des klassischen antiimperialistischen Deutungsrahmens. Die Niederlage der Sandinisten bei den demokratischen Wahlen 1990 und die Absage der salvadorianischen und der kolumbianischen Guerilla an den bewaffneten Kampf ließ zudem die Hoffnungen auf das emanzipative Potenzial nationaler Befreiungskämpfe schwinden (vgl. Spiess/Stickler 1999). Parallel zu diesen politischen Veränderungen kamen auch die Analyse- und Interpretationsmuster in Bewegung: Vor allem aus feministischer und postkolonialer Perspektive wurden die antiimperialistischen, ökonomie-zentrierten Modelle der Abhängigkeit und Entwicklung kritisiert. Da erfolgreiche nationalistische Bewegungen sich als ebenso repressiv wie ihre ehemaligen Gegner herausstellten, gewannen Analysen, die die enge Verbindung von Nationalstaat und Kapitalismus betonten (z. B. Balibar/Wallerstein 1991), größeres Gewicht unter den AktivistInnen.

Während die Wahlniederlage der Sandinisten in Nicaragua und der Zerfall der Sowjetunion also das Ende des Antiimperialismus-Frames symbolisierten, markierte der Aufstand der Zapatistas in Mexiko am 1. Januar 1994 – dem Tag, an dem das nordamerikanische Freihandelsabkommens

NAFTA in Kraft trat – den Anfang eines neuen Internationalismus. Die symbolisch hoch aufgeladene Aktion der Zapatistas betonte die Priorität des Politischen vor dem Militärischen. Mit ihrem Fokus auf die Zivilgesellschaft haben die Zapatistas zu einem Perspektivenwechsel beigetragen, der den Kampf um die Macht im Nationalstaat gegenüber der Forderung nach Demokratisierung in den Hintergrund treten lässt. Am Beginn des neuen Internationalismus steht der Widerstand gegen internationale Handelsabkommen und den Neoliberalismus, die Adressierung von Minderheitenrechten und die Skandalisierung der Folgen von Kolonialisierung – alles Themen, die Ende der 90er Jahre in einer neuen Protestwelle gegen die ökonomischen und sozialen Folgen der Globalisierung aufgenommen wurden.

Die anhaltende Mobilisierungskraft dieses neuen Globalisierungs-Frames zeigte sich in verschiedenen internationalen Protesten anlässlich von Weltbank-, IWF-, WTO- und ähnlichen Treffen, zuletzt bei den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Wie bereits bei den Mobilisierungen der 80er Jahre stellten auch hier linksradikale InternationalistInnen und Autonome zwar nicht die Mehrheit der AktivistInnen, waren aber ein relevanter und vor allem medienwirksamer Bestandteil der Proteste.

Einen Mobilisierungsschub erlebte im Kontext der Globalisierungsbewegung auch die trotzkistische Gruppe »Linksruck«, die sich nach erfolglosen Unterwanderungsversuchen der Jusos und der SPD verstärkt in den Kampagnen der Globalisierungsbewegung engagiert.

4.2 Autonomie und die Politik der ersten Person

Während die antiimperialistischen Spielarten des Linksradikalismus in der Regel mit einem

Organisations- und Selbstbild einhergingen, in dem sie die/der Einzelne der revolutionären Sache unterordnen musste, knüpften andere Strömungen in vieler Hinsicht an den antiautoritären Gestus des aktionistischen Flügels der Studentenbewegung an.

Nicht die Politik der K-Gruppen, sondern der unmittelbar nach der 68er-Revolte organisationspolitisch zunächst verdrängte Ansatz der Frauenbewegung bot diesen eine Perspektive, statt von revolutionären Imperativen von den individuellen und kollektiven Bedürfnissen ihrer Mitglieder auszugehen. Die eigene Politik sollte gerade nicht mehr aus scheinbar objektiven »Notwendigkeiten«, »Sachzwängen« oder gesellschaftstheoretischen Prämissen abgeleitet werden. Durch diese Praxis eines Teiles der Frauenbewegung sollte sich schließlich einer der nachhaltigsten Effekte des Aufbruchs von 1968 einstellen: Die Politisierung der sozialen Beziehungen, der Geschlechterverhältnisse und des Verhältnisses zur Umwelt sowie der Anspruch, die hierauf bezogene Kritik direkt im Alltag umzusetzen, war das vereinigende Moment der Alternativbewegung (vgl. Brand/Büsser/Rucht 1983). Die Autonomen teilten diesen Ansatz, radikalisierten ihn in einzelnen Aspekten und trugen wesentlich dazu bei, ihn als hegemoniales Modell linksradikaler Politik zu etablieren. Das Prinzip einer subjektivistischen Politik ist die zentrale Bruchlinie zwischen dem Linksradikalismus der 70er und der 80er Jahre. Bei den Autonomen tritt dieser subjektivistische Politikansatz auf drei Ebenen zutage: in der Politisierung der Lebensverhältnisse, in der Ablehnung von Stellvertreterpolitik und in der subkulturellen Orientierung.

4.2.1 Politisierung der Lebensverhältnisse

Dem Diktum der Frauenbewegung »Das Private ist politisch« folgend, äußerte sich der

subjektivistische Ansatz der Autonomen auf einer ersten Ebene als direkte Verknüpfung von politischer Überzeugung und persönlicher Lebenspraxis. Die revolutionären Ansprüche sollten im Alltag der AktivistInnen direkt umgesetzt, andere Formen des Zusammenlebens und der Reproduktion ausprobiert werden. Konkret bedeutete das, in größeren Gruppen zusammen zu wohnen, politische Aktivitäten und Zusammenleben zu verbinden, sich so weit möglich den Zwängen des Arbeitsmarktes zu verweigern und den Lebensunterhalt durch BAFöG, Sozialhilfe oder Ladendiebstähle zu sichern.

Hausbesetzungen

Proklamiert und umgesetzt wurde der Ansatz einer »Politik der ersten Person« am offensivsten im Rahmen der Hausbesetzungen, die von Beginn an ein wichtiges Element der autonomen Bewegung gebildet haben. Die Häuser, die 1980/81 nicht nur in Berlin und Hamburg, sondern auch in Kiel, Bremen, Hannover, Hildesheim, Köln, Stuttgart, Nürnberg, Konstanz und vielen anderen Städten besetzt wurden, waren politische und soziale Laboratorien eines anderen Lebens (Aust/Rosenblatt 1981; Brandes/Schön 1981; Härlin 1981; Müller-Münch u. a. 1981). Sie boten eine Möglichkeit, in größeren Gruppen (umsonst) zusammen zu leben und verschiedene Formen der Kollektivierung auszuprobieren. Die Küchen und Plena waren Orte politischer Diskussionen und erbitterter Auseinandersetzungen um die zwischenmenschlichen Umgangsformen. Die BewohnerInnen der Häuser waren jederzeit zu Aktionen zu mobilisieren und lebten in einem Zustand permanenter Anspannung. Für viele der BesetzerInnen waren die Häuser »dem System« bzw. dem Staat abgerungene Freiräume, in denen die Revolutionierung der Lebensverhältnisse im Hier und Jetzt begonnen werden

konnte. Diese hohe symbolische Aufladung des Hausbesetzens führte zu tief greifenden Auseinandersetzungen und Spaltungen, als ein Teil der BesetzerInnen in Berlin die Häuser über Verträge mit der Stadt zu legalisieren versuchte. Neben ihrer Bedeutung für ein gegengesellschaftliches Zusammenleben hatten die besetzten Häuser auch eine mindestens ebenso wichtige Funktion als Sammlungs- und Veranstaltungsorte für Plena, politische Veranstaltungen und Konzerte.

Die erste Welle der Hausbesetzungen ebte Ende 1981 langsam ab. Ein großer Teil bereits besetzter Häuser wurde entweder legalisiert oder geräumt; Neubesetzungen wurden in der Regel verhindert oder sehr schnell beendet. Dennoch blieben Hausbesetzungen auch in den Folgejahren ein wiederkehrendes Element autonomer Politik. Besondere Prominenz erlangte dabei die Besetzung der Häuser in der Hamburger Hafenstraße, die zu einem international bekannten Symbol autonomer Politik wurde (vgl. Herrmann u. a. 1987).

Eine Renaissance erlebten die Hausbesetzungen noch einmal mit der Auflösung der DDR. Nicht nur in Westdeutschland hatte die Stadtentwicklungspolitik in den 70er Jahren dazu geführt, dass in den Innenstädten große Altbaubestände leer standen. Auch in der DDR ließ man unbewohnte innerstädtische Altbaubestände verfallen oder erhielt sie nur notdürftig. Zusammen mit den oft ungeklärten Eigentumsverhältnissen nach 1989 boten sich dadurch ideale Voraussetzungen für eine neue Welle von Hausbesetzungen in vielen ostdeutschen Städten, allen voran Ost-Berlin und Dresden.⁵

Geschlechterverhältnisse

Präsent war das Motiv der Politisierung der Lebensverhältnisse ebenfalls als kontinuierliche Auseinandersetzung um Geschlechterverhältnisse, Sexismus und Sexualität. Die Debatten und Auseinandersetzungen verliefen dabei entlang von vier Hauptlinien:

- a) Diskussionen über die Notwendigkeit und Bedeutung separater Organisation von Frauen,
- b) Fragen der Parteilichkeit, der Definitions- und Entscheidungsmacht bei Fällen sexueller Gewalt und Vergewaltigung in der autonomen Szene,
- c) Sexualität und Begehren, und
- d) allgemeine Diskussionen über den Charakter und die Bedeutung des Patriarchats, besonders im Hinblick auf seine Verortung in Relation zu anderen Herrschaftsverhältnissen, sowie – gegen Ende der 90er Jahre – Diskussionen über Feminismus, Postfeminismus und Dekonstruktion.

Nach außen sichtbar wurden diese Auseinandersetzungen nur in seltenen Fällen. Kritik an den bestehenden Geschlechterverhältnissen findet sich zwar als Parole auf einer Vielzahl von Transparenten und Plakaten der Autonomen. Die Geschlechterverhältnisse bildeten allerdings nur ausgesprochen selten ein Feld der Aktionsmobilisierung. Bedeutsam waren die Sexismus-Auseinandersetzungen vor allem bewegungsintern. In der Regel ging es dabei – ganz im Sinne einer Politik der ersten Person – um die Etablierung alternativer individueller und kollektiver Verhaltensregeln (v. a. des Redeverhaltens, der Sexualität und im Kampf gegen sexuelle Gewalt). Hier fand auch eine Umsetzung der Diskussionen in eine politische und organisatorische Praxis statt in Form von nach Geschlecht getrennten Organisationsstrukturen, autonomen Männergruppen, in denen sexuelle Praxen thematisiert wurden, und in Form von Kampagnen und Angriffen gegen einzelne sexuelle Gewalttäter. Als Feld vielfältiger bewegungsinterner Abgrenzungsprozesse spielten die Auseinandersetzungen um die Geschlechterverhältnisse eine zentrale Rolle in Prozessen kollektiver

Identität bei den Autonomen (Melucci 1996; Haunss 2004).

4.2.2 Ablehnung von Stellvertreterpolitik

Auf einer zweiten Ebene kennzeichnet die Politik der ersten Person bei den Autonomen die weitgehende Negierung jedes Stellvertretungsanspruches. In ihren Kampagnen nehmen die Autonomen nicht in Anspruch, etwa für »die Arbeiter« oder »die Bevölkerung« zu sprechen, sondern nur für sich. Dieses grundsätzliche Prinzip wurde bereits in einem der ersten Versuche einer Selbstdarstellung der Bewegung anlässlich eines internationalen Autonomentreffens 1981 in Padua formuliert: »Wir kämpfen für uns, andere kämpfen auch für sich, und gemeinsam sind wir stärker. Wir führen keine Stellvertreterkriege, es läuft über »eigene Teilnahme«, Politik der 1. Person.« (Kongreßlesebuchgruppe 1995: 274) Im Verlauf der Bewegungsgeschichte wurde dieser Ansatz immer wieder infrage gestellt, zuletzt in Debatten um die Positionierung der Autonomen im Politikfeld Sozialpolitik und im Kontext der Versuche, das Verhältnis zwischen Autonomen und MigrantInnen im Kampf gegen deren rassistische Ausgrenzung und Benachteiligung zu bestimmen. Trotz aller Kritik an ihrem Unmittelbarkeitsanspruch setzte sich aber in allen Debatten das Prinzip der Politik der ersten Person immer wieder durch.

Autonomer Antifaschismus

Die Formen, Elemente und Probleme einer vor allem von der unmittelbaren Betroffenheit ausgehenden Politik, die keinen über das eigene Kollektiv hinausgehenden Repräsentationsanspruch formuliert, treten am Beispiel des autonomen Antifaschismus deutlich zutage.

Neben den Hausbesetzungen und der Anti-AKW-Bewegung bildet der Antifaschismus seit Mitte der 80er Jahre einen wichtigen Teilbereich der autonomen Bewegung. Eine eigenständige Antifa-Mobilisierung autonomer Gruppen, das »norddeutsche Antifaplenum«, entwickelte sich zuerst im Anschluss an eine Demonstration mit ca. 1.600 TeilnehmerInnen gegen den Bundesparteitag der NPD im niedersächsischen Fallingbommel im Oktober 1983 (*Frankfurter Rundschau*, 3.10.1983). Dabei kam es im Bündnis aus KB, DKP, dem Verein der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und Autonomen zu Differenzen über die Taktik der Autonomen, die Parteitagsdelegierten handgreiflich an der Teilnahme zu hindern. Während die Strategie der K-Parteien und -Gruppen darauf abzielte, die neonazistische Formierung öffentlich zu skandalisieren und auf die Strafverfolgungsbehörden zu setzen, ging es den autonomen »Antifas« vor allem darum, die Nazi-Strukturen direkt anzugreifen. Konkret hieß das, z.B. Führungspersonen der Nazi-Szene auch körperlich anzugreifen (Projektgruppe 1994: 15 ff.). Wie schon beim Beispiel des Antiimperialismus zeigt sich auch hier die Dialektik von Bruch und Kontinuität zwischen Autonomen und »altem« Linksradikalismus: Wichtige Themenfelder traditioneller, linker Politik werden aufgegriffen und weiterentwickelt, aber aus einer anderen Perspektive und mit einem anderen Politikverständnis. Zusätzlich zu dem Ziel, die Re-Formierung von Neo-Nazi-Parteien zu ver- oder zumindest zu behindern, war der autonome Antifaschismus vor allem eine Antwort auf die Herausbildung einer Skinhead- und Hooligan-Szene, aus deren Reihen immer häufiger Personen mit bunten Haaren oder alternativem Outfit sowie linke Projekte und Treffpunkte angegriffen wurden.

Nachdem sich in den 80er Jahren ein großer Teil der überregionalen Strukturen wieder aufgelöst hatte, wurde der Antifaschismus in den 90er Jahren wieder zu einem der wichtigsten Aktionsfelder der Autonomen. Allerdings war auch ein Ausdifferenzierungsprozess zu beobachten. Insbesondere löste das zumin-

dest regional zunehmende Engagement von Gewerkschaften und Bürgerrechtsgruppen gegen die Nazi-Aufmärsche unter den autonomen Antifas eine erneute Debatte um die Grenzen einer Politik aus, die vor allem auf Selbstrepräsentation und Betroffenheit setzte (vgl. z. B. *Antifaschistisches Info Blatt* Nr. 50, 1/2000).

Antirassismus und Flüchtlingsarbeit

Wie sehr sich die Bedingungen autonomer (antifaschistischer) Politik in den 90er Jahren verändert hatten, machten nicht zuletzt die Pogrome gegen Flüchtlings- und Ausländerunterkünfte in Hoyerswerda, Rostock und Mannheim deutlich. Statt mit relativ überschaubaren rechtsextremen Organisationsstrukturen und Führungspersonen war man plötzlich mit einem gewalttätigen Rassismus konfrontiert, der breiten Rückhalt in der lokalen Bevölkerung fand. Während im Fernsehen live über die Angriffe auf die Unterkünfte berichtet wurde, versuchten allein einige Autonome den gewalttätigen Mob an seinem Tun zu hindern – angesichts der zahlenmäßigen Unterlegenheit allerdings ohne Erfolg (Katsiaticas 1997: 167, vgl. auch *taz*, 26.8.1992).

In der Folge entwickelten sich in vielen Gegenden aus dem autonomen Bewegungsmilieu Unterstützungsstrukturen für Flüchtlinge und MigrantInnen. »Antirassistische Telefone« wurden als Anlauf- und Kontaktstellen eingerichtet; zu besonders heiklen Terminen (Tag der Machtergreifung der NSDAP, Hitlers Geburtstag, Vatertag, Tag der deutschen Einheit, Jahrestag der Reichspogromnacht) wurden autonome Streifendienste zum Schutz lokaler Flüchtlingsunterkünfte organisiert; einzelne Gruppen übernahmen die Betreuung von Flüchtlingen und MigrantInnen im Umgang mit Ausländerbehörden und Verwaltungen. Schnell zeigte sich, dass sich das Prinzip einer »Politik der ersten Person« in diesem Bereich nicht durchhal-

ten ließ. Unter den Flüchtlingen existierten weder in nennenswertem Maße Ansätze der Selbstorganisation, an die autonome Gruppen hätten anknüpfen können, noch ließ sich im Bereich der Flüchtlingspolitik einfach eine eigene Betroffenheit konstruieren. Es zeigte sich im Gegenteil, dass gerade hier die Zusammenarbeit mit kirchlichen und sozialen Unterstützungsgruppen unerlässlich war und die grundsätzlich verschiedenen Lebensrealitäten von MigrantInnen und Autonomen eine sonst so abgelehnte »Stellvertreterpolitik« notwendig machten.



Abbildung 2: Vermummte Teilnehmer einer Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit in Bonn am 14. November 1992.

Bei der Mobilisierung gegen die weitgehende Einschränkung des Grundrechts auf Asyl, die 1993 von einer großen Koalition aus CDU, FDP und SPD beschlossen wurde, gelang den Autonomen noch einmal ein Mobilisierungserfolg. Ein großer Teil der 10.000 DemonstrantInnen folgte dem autonomen Aufruf, das Bundestagsgebäude am Tag der Abstimmung über die Grundgesetzänderung zu blockieren. Nach der Verabschiedung der Gesetzesänderung ging das Mobilisierungsniveau allerdings schnell zurück. In den 90er Jahren lässt sich eine immer stärkere Ausdifferenzierung und Spezialisierung im Antirassismus-Bereich beobachten. Die »Flüchtlingsarbeit« spielte im Gesamtkontext der Autonomen eine zunehmend geringere Rolle. Die in diesem Bereich aktiven Gruppen entwickelten mit der Zeit eine eigene, von der auto-

nomen Szene weitgehend unabhängige Infrastruktur, mit deutlichen – bei den Autonomen sonst nicht anzutreffenden – Professionalisierungstendenzen.

Einen Repolitisierungsversuch sowohl des Antirassismus als auch der autonomen Bewegung bilden die ab dem Jahre 1998 zunächst an der deutschen Ostgrenze unter dem Motto der 1997 auf der documenta X gegründeten Initiative »kein mensch ist illegal« ins Leben gerufenen Grenz-camps. Die Veranstaltungen, deren Charakter zwischen Aktionscamp und autonomer Sommeruniversität liegt, waren in den letzten Jahren organisatorisch-logistischer Ausgangspunkt vielfältiger Initiativen sowohl gegen den Rassismus in Teilen der Bevölkerung als auch gegen den auf staatlicher Seite wahrgenommenen Rassismus. Neben ihrer Außenwirkung ging es dabei auch um einen Prozess der erneuten internen Selbstverständigung über Perspektiven einer autonomen Politik der ersten Person.

4.3 Militanz

Die Frage der Militanz spielt für alle außerparlamentarischen Politikansätze eine zentrale Rolle. Welche Mittel angemessenen sind, um die gewünschten gesellschaftlichen Veränderungen herbeizuführen, war immer umstritten. Seit den 60er Jahren zieht sich die »Gewaltdebatte« als roter Faden durch eine Vielzahl sozialer Bewegungen und hat auch im Kontext der aktuellen Globalisierungs-Proteste nicht an Sprengkraft verloren. Bei aller Kontinuität haben allerdings in den letzten 30 Jahren auch wesentliche Veränderungen stattgefunden, die am Übergang vom linksradikalen Antiimperialismus zu den Autonomen deutlich werden.

Ein wesentlicher Teil antiimperialistischer Strategien und darauf bezogener Gruppen und Bewegungen setzte in den 60er und 70er Jahre auf die Form des bewaffneten Befreiungskampfes. Dieser

war auf den Solidaritätskonferenzen der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas – der so genannten Tricontinentale –, die Mitte der 60er Jahre in Havanna durchgeführt wurden, als der »einzige wirksame Weg zur vollständigen und endgültigen Verwirklichung des Strebens der Völker nach Befreiung, der bewaffnete Kampf« proklamiert worden (Juchler 1989: 50). Die mit diesem Modell verbundene Figur des kompromisslosen Guerillakämpfers sollte dann in Gestalt des im Oktober 1967 ermordeten Revolutionärs Che Guevara auf dem gesamten Globus zu einem Mythos werden. Kurz zuvor war in dem von Hans Jürgen Krahl und Rudi Dutschke auf der 22. Ordentlichen Delegiertenkonferenz des SDS gehaltenen so genannten Organisationsreferat (vgl. Kap. 18, Fußnote 2) erstmals in der BRD öffentlich die Idee einer »Guerilla-Mentalität« propagiert worden. Diese sollte dazu dienen, sich »in den eigenen Institutionsmilieus« zu verweigern, damit »nicht Integration und Zynismus die nächste Station« der eigenen Lebenstätigkeit seien. In diesem Sinne müsse, so Krahl und Dutschke, »die ›Propaganda der Schüsse« (Che) in der ›Dritten Welt‹ ... durch die ›Propaganda der Tat« in den Metropolen vervollständigt werden«, da sie »eine Urbanisierung ruraler Guerilla-Tätigkeit geschichtlich möglich« mache. Dieser Gedanke mündete dann in der unmissverständlichen Aussage: »Der städtische Guerillero ist der Organisator schlechthiniger Irregularität als Destruktion des Systems der repressiven Institutionen.« (Dutschke 1980: 94)

Es zeigte sich allerdings schnell, dass die Praxis der Stadtguerilla immer weniger eine Aussicht auf Sieg und Befreiung eröffnete. Stattdessen entspannte sich zwischen den Kombattanten eine militärische Eskalationsspirale, die auf beiden Seiten Tote zurückließ. Das wird neben anderen Gründen seinen Teil dazu beigetragen haben, dass die Figur des revolutionären Guerillakriegers im linksradikalen Milieu zunehmend auch an kultureller Faszination verloren hat.

Demgegenüber begründen sich die von

Autonomen angewendeten Gewaltformen nicht mehr in der Perspektive des Guerillakriegs. Seit ihrem ersten Auftauchen im Handgemenge der Anti-AKW- und Hausbesetzungsbewegung begleitet sie die Militanz. Oft dient sie als vereinfachendes Abgrenzungskriterium – die »gewalttätigen Chaoten« hier, die »friedlichen Protestierer« dort. Vor allem in den 80er Jahren wird die Militanz von den Autonomen selbst geradezu mythisiert: »Freiheit ist vielmehr der kurze Moment, in dem der Pflasterstein die Hand verlässt, bis zum Moment, wo er auftrifft«, formulieren 1981 einige Autonome in der Berliner Bewegungszeitschrift »radikal«, nicht ohne allerdings mit »Revolution und Freiheit sind Prozesse, und keine Steinwürfe!« schon in der nächsten Ausgabe deutlich für diese naiv-romantische Sichtweise kritisiert zu werden (*radikal* Nr. 98, 9/81 und 99, 10/81).

4.3.1 Von der Stadtguerilla zur Straßenschlacht

Ganz im Gegensatz zu Teilen der Neuen Linken spielte bei den Autonomen die Vorstellung eines bewaffneten Kampfs politisch kaum eine Rolle. Die Erklärungen der RAF und der Revolutionären Zellen/Rote Zora wurden zwar in den autonomen Bewegungszeitschriften abgedruckt und diskutiert, aber die militärischen Guerilla-Phantasien waren höchstens aus der Ferne attraktiv. Im politischen Alltag der Autonomen spielte Militanz nur auf anderen Ebenen eine Rolle: als Straßenschlacht oder gewalttätige Auseinandersetzung mit der Polizei im Rahmen von Demonstrationen und als Sabotageaktion oder auf Sachschaden zielende Anschläge im Rahmen lokaler oder überregionaler Kampagnen.



Abb. 3: Mobilisierungsplakat zur »traditionellen« autonomen 1. Mai-Demonstration in Berlin, 2001

Die Abkehr von der Figur des Guerillakämpfers hängt eng mit der beschriebenen Politik der ersten Person zusammen, deren Unmittelbarkeitshorizont die Vorstellung einer avantgardistischen Guerilla-Truppe fremd ist. Am Beispiel der Autonomen in der Anti-AKW-Bewegung und bei den Auseinandersetzungen um die Startbahn West lassen sich diese veränderten Formen linksradikaler Militanz verdeutlichen.

Autonome in der Anti-AKW-Bewegung

In der Anti-AKW-Bewegung propagierten die Autonomen von Anfang an ein militantes Vorgehen, das aber nie militärisch sein sollte und Gewalt gegen einzelne Personen immer ausgeschlossen hat. Dies führte schon sehr früh zu Spannungen zwischen der Mehrheit der Umwelt-AktivistInnen, den gewaltfreien,

anarchistisch orientierten Teilen der Bewegung und den Autonomen (vgl. *radikal* 77: 24). Dieser Konflikt hält unverändert an; seine Bedeutung schwankte allerdings mit den Konjunkturen der Bewegung. Trotz der Differenzen über die Legitimität und Angemessenheit militanter Aktionsformen waren und sind die Autonomen integraler Bestandteil der Anti-AKW-Bewegung; sie waren seit Ende der 70er Jahre an praktisch allen Mobilisierungen beteiligt. Eine besonders prominente Rolle spielten sie bei den Mobilisierungen gegen das AKW in Brokdorf (1980-1986), gegen die atomare Endlagerstätte in Gorleben (seit 1980), gegen die nicht realisierte atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf (1985-1989), sowie seit 1995 gegen Atomtransporte.

Prinzipiell setzten die Autonomen in der Anti-AKW-Bewegung auf zwei Strategien: auf militante Massendemonstrationen und auf gezielte Sabotageaktionen. Die erstgenannte Strategie erlebte nach dem Tschernobyl-Schock vor allem am Bauplatz der geplanten Wiederaufbereitungsanlage (WAA) im bayerischen Wackersdorf eine überraschende Renaissance. Entgegen den Erwartungen der Regierungsverantwortlichen, die in der traditionell konservativen Oberpfalz mit wenig Widerstand gegen die WAA gerechnet hatten, stießen gerade dort die Aktionsformen der Autonomen auf relativ breite – allerdings nie ungeteilte – Zustimmung (vgl. Kretschmer/Rucht 1991). Wie schon in den 70er Jahren scheiterte die Strategie massenmilitanter Eskalation aber zwangsläufig an der materiellen Übermacht des Polizeiapparates. Symbolische Bedeutung erlangte in diesem Zusammenhang die zum Teil vollständige Zerstörung von ca. 100 privaten PKWs von Hamburger AKW-GegnerInnen durch Kräfte eines polizeilichen Sondereinsatzkommandos. Zuvor hatten die AKW-GegnerInnen auf dem Weg

zu einer Demonstration am 7.6.1986 vor dem AKW Brokdorf versucht, eine Polizeisperre zu durchbrechen. Der massive Polizeieinsatz gegen die verbleibenden DemonstrantInnen am AKW-Gelände, sowie die zwölfstündige Einkesselung von 800 DemonstrantInnen am darauffolgenden Tag in Hamburg, markierten für viele Autonome ein Ende der massenmilitanten Strategie im Kontext der Anti-AKW-Bewegung, da sie den immer größeren Polizeiaufgeboten und dem Einsatz von Hubschraubern und Panzerfahrzeugen nichts entgegensetzen konnten.

Stattdessen verübten sie vermehrt Sabotageakte, die sich in den 80er Jahren vor allem gegen das Überlandleitungsnetz der Stromversorger richteten und denen 1985/86 über 100 Strommasten zum Opfer fielen. Anlässlich der Atomtransporte von und zu den Zwischenlagerstandorten schlossen die Autonomen Mitte der 90er Jahre nach jahrelanger Abstinenz mit massenhaften Sabotageaktionen gegen das Oberleitungsnetz der Deutschen Bahn AG wieder an diese Taktik an.⁶

Der Konflikt um die Startbahn West

Das Rahmenszenario des Konfliktes um die Frankfurter Startbahn West wies Anfang der 80er Jahre viele Parallelen zu den Auseinandersetzungen an den geplanten atomaren Endlagerstandorten auf. Hier wie dort fußte der Protest auf dem ausdauernden Engagement lokaler Bürgerinitiativen und einer breiten, lokalen Mobilisierung.

Im Frankfurter Umland hatte der schon seit 1965 andauernde BürgerInnenprotest gegen die Ausbaupläne der Frankfurter Flughafen AG (FAG) 1980 eine neue Stufe erreicht. Um die Rodung des für die Startbahn benötigten Waldstücks zu verhindern, besetzte die Bürgerinitiative (BI) gegen die Startbahn West den Bauplatz und errichtete eine erste Blockhütte, die als Informations- und

Treffpunkt diente und der bald weitere Hütten folgten. Den Autonomen bot sich dadurch die Gelegenheit zu militanten Massenprotesten und gezielten Sabotageaktionen, ohne allerdings kontinuierlich in die Diskussionen und Strategiedebatten der BI eingebunden zu sein. Deren Politik des gewaltfreien Widerstands, die auf ein breites Bündnis der

BürgerInnen der Region und auf ein letztlich an formaljuristischen Hürden gescheitertes Volksbegehren setzte, war den Autonomen nicht radikal genug. Ihre Weigerung, sich an den politischen Auseinandersetzungen der Startbahn-Bewegung zu beteiligen, ließ sie lange nur eine untergeordnete Rolle bei den Protesten spielen (vgl. Wetzell 2001). Erst 1984 nach der Einweihung der Startbahn West, als der Widerstand des bürgerlichen Spektrums immer weiter abbröckelte, begannen die Autonomen den Widerstand in der Form sonntäglicher »Zaunkämpfe« zu dominieren.

Das militante Ritual dieser »Sonntagsspaziergänge« fand am 2. November 1987 ein abruptes Ende. Während einer verbotenen Demonstration anlässlich des sechsten Jahrestags der Räumung des Hüttendorfs fielen aus den Reihen der DemonstrantInnen Schüsse, die zwei Polizisten töteten und mehrere schwer verletzten. Damit hatte die Militanz eine Ebene erreicht, die von der überwiegenden Mehrheit der Autonomen, sichtbar an einer Vielzahl von Stellungnahmen, entschieden abgelehnt wurde. Allerdings wurde auch vereinzelt die Tötung der Polizisten gerechtfertigt (Einige Autonome aus Berlin-West, dokumentiert in ID-Archiv im IISG 1988: 203).

Die Beispiele der Startbahn West und der Anti-AKW-Bewegung illustrieren die deutliche Verschiebung zwischen der Stadtguerilla-Strategie der RAF und autonomer Massenmilitanz und Sabotageaktionen. Militanz wird bei den Autonomen verstanden als sichtbarer (und erlebbarer) Ausdruck einer radikalen systemoppositionellen Positionierung. Sie ist erstens in der Regel an konkrete Anlässe geknüpft, in deren Rahmen Ziele der

Militanz bestimmt werden; sei es die Durchsetzung einer Demonstration, die Verhinderung eines rechtsradikalen Aufmarschs oder die Behinderung großtechnischer Vorhaben. Sie ist zweitens als Aktionsform nach Demonstrationsverboten oder Häuserräumungen oft Reaktion auf repressives staatliches Handeln. Und sie hat drittens darüber hinaus eine performative Komponente, die die gewalttätige Auseinandersetzung von ihren politischen Zielen ablöst und die vor allem der Selbstvergewisserung der AkteurInnen dient.

Ohne diesen letzten Aspekt wäre die autonome Militanz nicht denkbar. Sie ist immer auch Inszenierung und Ritual, in dem sich die Einzelnen kollektiv als RebellInnen erschaffen.⁷ Diese subjektivierende Funktion der Militanz ist es, die in der eingangs zitierten Wendung von der Freiheit als Erlebnis des fliegenden Pflastersteins zum Ausdruck kommt. Sie ist es, die die alljährliche Dynamik des 1. Mai in Berlin (vgl. Rucht 2003) und die theatralische Inszenierung des »Schwarzen Blocks« auf antifaschistischen Demonstrationen in den 90er Jahren auch auch beim G8-Gipfel in Heiligendamm im Juni 2007 erklärt. Dieses Wechselspiel von Rationalität und Expressivität trägt dazu bei, dass sich die autonome Militanz oft einem regulierenden Zugriff entzieht – sowohl von »Außen« als auch von »Innen« bleibt der Einfluss der OrganisatorInnen und Bewegungsorganisationen auf die agierenden Individuen sehr beschränkt.

5. Organisationen und Netzwerke

5.1 Parteien, Gruppen, Bünde, Stadtguerilla – die

Organisationsformen der Linksradikalen in den 70er Jahren

Wie bereits ausgeführt organisierte sich die radikale Linke nach dem Niedergang der Studentenbewegung zu einem wesentlichen Teil in parteiähnlichen Strukturen. Nach der Neugründung der alten Moskau-orientierten KPD in Form der DKP im Jahre 1968 kam es bis zu Beginn der 70er Jahre zu einem regelrechten Wettlauf der Organisationsgründungen.

Zunächst war dies die pünktlich zum 1. Januar 1969 mit Schwerpunkt im Ruhrgebiet gegründete China-orientierte KPD/Marxisten-Leninisten (ML). Um die Jahreswende 1969/70 erfolgte zunächst in West-Berlin die Gründung der KPD (Aufbauorganisation), die später auch über einen Organisationschwerpunkt im Ruhrgebiet verfügen sollte. Nach der von der ursprünglichen Planung her eigentlich misslungenen Befreiungsaktion Andreas Baaders aus staatlicher Verfügungsgewalt wurde im Mai 1970 die Gründungserklärung der RAF publiziert, die den Aufbau einer Stadtguerillagruppe bekanntgab. Ende 1971 wurde in Hamburg der Kommunistische Bund (KB) gegründet, der sich nachfolgend hauptsächlich im norddeutschen Raum ausbreitete. Im August des Jahres 1972 folgte der Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD) mit Schwerpunkt im Raum um Stuttgart und Tübingen, im Mai 1973 der hauptsächlich in Bayern vertretene Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD (AB), im Juni schließlich der mit Schwerpunkten in Bremen und Frankfurt angesiedelte Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW). Letzterer sollte für den Verlauf der 70er Jahre erstens die einzige Organisation des westdeutschen Maoismus werden, die in der BRD »flächendeckend vertreten« war. Nach Angaben eines ihrer Spitzenfunktionäre umfasste sie

auf ihrem Höhepunkt 1977 »maximal 7 000 Aktive« (Koenen 2001: 423). Nach der von Langguth vorgenommenen Zählung auf der Basis bundesweiter Verfassungsschutzberichte umfassten diese und noch ein paar andere »Kernorganisationen« inklusive deren »Nebenorganisationen« und der von diesen »beeinflussten Organisationen« im Jahre 1977 ein Höchststand von 20 200 Personen (Langguth 1983: 58). In einer Sammlung im Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung an der FU Berlin sind für die 70er Jahre »rund 5 000 örtliche Gruppen, Untergruppen oder Sympathisantenorganisationen der diversen K-Gruppen erfasst« (Staatd 1997: 76).

Etwas quer zu diesen explizit machtpolitisch ausgerichteten Organisationsformen des bundesdeutschen Linksradikalismus steht die Politik des 1969 ins Leben gerufenen linkssozialistisch ausgerichteten Sozialistischen Büros (SB) mit seiner Zentrale in Offenbach (Oy 2007). Diese Gruppierung stand in strikter Abgrenzung zu jedweden Parteibildungsprozessen. In ihr organisierten sich viele Beschäftigte aus dem Bildungs- und Universitätsbereich. Zusätzliche Wirkung und Ausstrahlung erhielt das SB im Verlauf der 70er Jahre durch eine Reihe dort organisierter prominenter Linksintellektueller, die an den Revolten der 60er Jahre aktiv beteiligt gewesen waren. Seinem theoretischen Anspruch nach suchte das SB in Fortführung der Kritischen Theorie und einer sozialistischen Praxis so etwas wie eine Netzwerkarbeit zwischen verschiedenen linksradikalen Gruppen zu verwirklichen. Außenwirksame Höhepunkte dieser Tätigkeit waren zwei in den Jahren 1972 und 1976 organisierten Kongresse, an denen bis zu 20 000 Leute teilnahmen. Zentrale Themen waren dabei die Organisation der Solidarität mit der in den USA von der Todesstrafe bedrohten Angela Davis sowie der Protest »gegen

ökonomische Ausbeutung und Unterdrückung«. Auf beiden Kongressen wurden für die Theorie und Praxis des Linksradikalismus zum Teil erbitterte, auf jeden Fall aber bedeutungsvolle Strategiedebatten und Auseinandersetzungen über die Perspektiven einer militärisch bewaffneten Politik und die Bedeutung von Straßenmilitanz geführt.

5.2. Plenum und Gruppe – die Organisationsformen der Autonomen

Die Strukturen der Autonomen stellen ein Gegenmodell zu den hierarchischen und parteiförmigen Organisationsmodellen der K-Gruppen und -Parteien dar. Sie lassen sich auf zwei Begriffe bringen: basisdemokratisch und antiinstitutionell. Das Spektrum der konkreten Organisationsmodelle, die sich hinter diesen beiden Schlagworten verbergen, ist allerdings groß. Es reicht von anlassbezogenen Plenen über geschlossene und offene Gruppen, regionale und bundesweite Vernetzungen bis hin zu langfristigen Strukturen einzelner Projekte (vgl. Haunss 2000). Basisdemokratie und die Ablehnung formalisierter Repräsentationsstrukturen waren allerdings keineswegs unumstrittene Grundlagen autonomer Organisation. Immer wieder entzündeten sich an der Organisationsfrage intensive Debatten, in denen alternative Organisationsmodelle zur Diskussion gestellt wurden. Jedoch konnten sich stärker formalisierte, eher am klassischen Verbands- oder Parteienmodell angelehnte Organisationsvorschläge in der Regel nicht durchsetzen. Eine Ausnahme bildet der Antifa-Bereich, in dem von 1992 bis 2001, als Konsequenz einer in der autonomen Bewegungszeitschrift »Interim« geführten Debatte um die Probleme autonomer Kampagnenpolitik, mit der Antifaschistischen Aktion/Bun-

desweite Organisation (AA/BO) ein stärker formalisierter Organisationsweg gewählt worden ist. Nachdem dieser Versuch allerdings die in ihn gesetzten Erwartungen einer inhaltlichen Verstärkung autonomer Politik nicht erfüllt hat, wurde er 2001 wieder eingestellt (vgl. Langer 2004).

Regionale oder bundesweite Treffen, die der Koordination und dem Austausch dienen, gab es vor allem in den 80er Jahren. Wegen der diffusen inhaltlichen Ausrichtung der Autonomen hatten allerdings Treffen, die zur Vorbereitung konkreter Kampagnen und Aktionen stattfanden, zumeist mehr Bedeutung und politisches Gewicht.

Auch wenn es in der autonomen Bewegung keine übergreifenden dauerhaften Organisationsstrukturen gibt, existieren dennoch weit verzweigte Netzwerke, die einen Informationsfluss und die Mobilisierungsfähigkeit der Autonomen garantieren. Eine wichtige Rolle spielen dabei die autonomen Medien, d. h. vor allem Bewegungszeitschriften, seit Ende der 90er Jahre auch zunehmend einzelne Angebote im Internet.

Aus der kaum zu überblickenden Vielzahl der regionalen und überregionalen Zeitschriften, die in der autonomen Bewegung seit den 80er Jahren entstanden (und wieder eingegangen) sind, sticht eine Handvoll heraus. Die Zeitschrift *Autonomie* (1975-79, später *Autonomie – Neue Folge*) trug maßgeblich zur Verbreitung operaistischer⁸ Theorieansätze in der autonomen Bewegung bei und stellte »in der personellen Kontinuität einzelner MitarbeiterInnen so etwas wie eine historische Brücke von der Studentenrevolte bis zur autonomen Szene in den 80er Jahren dar« (Geronimo 1990: 61). Die Zeitschrift *radikal* (1976-1979 mit dem Untertitel *Sozialistische Zeitung für Westberlin*, danach *Zeitschrift für die Bewegung* und wechselnde Untertitel) entwickelte sich 1980 zum Sprachrohr der HausbesetzerInnen und erlangte bald bundesweite Bedeutung. Nach einer Serie

von Prozessen gegen die Redaktion seit 1984 verdeckt produziert, war die *radikal* bis Mitte der 90er Jahre eine der wichtigsten Plattformen für Diskussionspapiere, Berichte und Anschlagserklärungen, die einen größeren LeserInnenkreis als die diversen, den Autonomen nahe stehenden Lokalzeitungen (z. B. *s'Blättle* [Stuttgart], *ruhrgebietsinfo*, *sabot* [Hamburg], *kassiber* [Bremen] ...) erreichen sollten. In den 90er Jahren entwickelte sich die Berliner Autonomenzeitschrift *Interim* zum wichtigsten, auch überregional bedeutsamen Kommunikationsmedium der Autonomen.

Seit den 90er Jahren spielt zudem eine Reihe von Internetportalen eine immer wichtigere Rolle; allen voran »indymedia« aber auch Termin- und Ankündigungsportale wie »Stressfaktor« (Berlin) oder »Bewegungsmelder« (Hamburg).⁹ Diskussionen finden allerdings nach wie vor eher in den Bewegungszeitschriften als in den für jeden offenen Internetportalen statt.

Überregionale organisatorische Bedeutung hatte darüber hinaus eine Reihe von Kongressen. Beginnend mit dem TUWAT-Kongress 1981 in Berlin, gefolgt vom Kongress »Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa« 1986 in Frankfurt/Main, den Libertären Tagen 1987 in Frankfurt/Main, den autonomen Internationalismustagen 1988 in Bremen, dem Autonomie-Kongress 1995 in Berlin und diversen kleineren Antifa- und Anti-AKW-Kongressen, waren diese Treffen Orte der Diskussion und Vernetzung, gleichzeitig oft auch Orte der inhaltlichen und subkulturellen Ausdifferenzierung und Fragmentierung der Autonomen.

5.3 Subkultur und Szene

Aus unterschiedlichen Perspektiven wurde betont, dass soziale Bewegungen nicht nur allein ein politisches Phänomen sind, sondern dass

das Bewegungshandeln in Bewegungsnetzwerke bzw. -milieus (Roth 1994a, 1994b), submerged networks (Melucci 1989) und (musikalische) Subkulturen (Eyerman/Jamison 1998) eingebettet ist. Diese Milieus, Netzwerke und Subkulturen entstehen im Wechselspiel mit den Bewegungen und erhöhen deren Mobilisierungsfähigkeit.

Schon für die 70er Jahre gilt, dass der Wirkungsradius linksradikaler Gruppen nur in Zusammenhang mit der Entstehung, Entwicklung und Ausbreitung subkultureller Milieus in dieser Zeit zu verstehen ist. Ein Beispiel für die enge Verzahnung von Subkultur und Politik in den 70er Jahren ist die zunächst in West-Berlin beheimatete und dann auch in Westdeutschland populär werdende Musikgruppe *Ton Steine Scherben*. Aus einigen ihrer Konzerte gingen unmittelbar politische Aktionen wie z. B. Hausbesetzungen hervor. Darüber hinaus besaßen einzelne Bandmitglieder in den frühen 70er Jahren auch direkte Kontakte zu bereits steckbrieflich gesuchten RAF-Mitgliedern (Sichtermann/Johler/Stahl 2000).

Die Bedeutung subkultureller Milieus nahm mit dem Niedergang der K-Gruppen und dem Aufstieg der Autonomen wieder deutlich zu. Anfang der 80er Jahre entwickelten sich die Autonomen in einem Alternativ- oder Szenemilieu, zu dem allein in West-Berlin zeitweise 100 000 Menschen gerechnet wurden (*Spiegel* 52/1980). Geprägt war dieses Milieu durch eine stadtteilbegrenzte lokale Infrastruktur aus Kneipen, Kollektivprojekten, Wohngemeinschaften und eigenem Medien.



Abbildung 4: Fassade des Autonomen Kulturzentrums »Rote Flora« in Hamburg im März 2001

Die Autonomen zeichnen sich durch eine außerordentlich enge Verzahnung von Subkultur und Bewegung aus. Schon in den Schilderungen der Hausbesetzerbewegung kommt ein oppositionelles Lebensgefühl zum Ausdruck, das mindestens bis Mitte der 90er Jahre für immer neue Generationen jugendlicher AktivistInnen seine Anziehungskraft beibehält. Deutlichster Ausdruck des fließenden Übergangs von Politik und Subkultur waren die Punk- und Hardcore-Konzerte in den besetzten Häusern und autonomen Zentren sowie die Verbreitung eines Kleidungsstils, der Elemente der Rocker und Punks aufnahm und sich zu einem eigenen autonomen Stil weiterentwickelte (vgl. Schwarzmeier 1999). Vor allem in den Großstädten ermöglichte die subkulturelle Eingebundenheit autonomer Strukturen ein diffuses oder graduelles Engagement einer großen Zahl von Menschen bei den Autonomen, ohne eine verbindliche Mitarbeit zu erfordern. Gleichzeitig steigerte die »Gefährlichkeit« der Autonomen die gegenkulturelle Attraktivität der Subkultur. Die Entstehung von Bewegungsszenen ist der sichtbare Ausdruck dieser engen Verbindung von politischer Bewegung und Subkultur (Haunss 2004, Haunss/Leach 2007). Eine

solche bestand für die Antiimps nicht oder nur in wesentlich geringerem Maße.

6. Wirkungen und Perspektiven

Die Wirkungen und Perspektiven linksradikaler Bewegungen sind vielschichtig und lassen sich nicht auf einen Nenner bringen. Sicherlich werden die Autonomen in ihren Kernbereichen Antifaschismus, Antirassismus und in der Anti-AKW-Bewegung weiterhin eine deutlich wahrnehmbare Rolle spielen. Ob die Globalisierungs-Proteste ohne die medienwirksame Militanz-Inszenierung autonomer Gruppen eine ähnlich dynamische Entwicklung genommen hätten, kann bezweifelt werden. Für die einzelnen in diesem Beitrag behandelten Bereiche ergibt sich folgendes Bild:

1. *Organisation:* Ganz gegen ihre Intention haben die K-Gruppen wesentlich zur Diskreditierung eines leninistischen Parteimodells beigetragen. Quer durch die sozialen Bewegungen haben heute basisdemokratischer Organisationsmodelle sowohl praktisch als auch symbolisch eine hohe Bedeutung. Allerdings spielen im Kontext der Anfang des 21. Jahrhunderts neben den an Mobilisierungskraft gewinnenden Sozialprotesten auch traditionelle Parteienmodelle wieder eine bedeutendere Rolle. Wie schon bei den Globalisierungsprotesten versuchen auch hier die trotzkistische Gruppen »Linksruck« und »Sozialistische Alternative Voran« (SAV) Einfluss auf die Proteste zu nehmen. Die Autonomen standen diesen Protesten ambivalent gegenüber. Sie beteiligten sich an vielen lokalen Sozialforen, versuchten meist vergeblich die Proteste durch eine Verlagerung auf di-

- rekte Aktionen zu radikalisieren und standen dem Parteigründungsprozess der Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) ablehnend gegenüber.
2. *Die Politik der ersten Person:* Die enge Verzahnung von persönlicher Lebensführung, Alltag, Arbeit und Politik, die in der autonomen Bewegung der 80er und 90er Jahre als Gegenbild des Berufsrevolutionärs dominant war, scheint an Bedeutung zu verlieren. Nicht zuletzt aufgrund des Scheiterns vieler alternativökonomischer Projekte und in Folge der Ausdifferenzierung autonomer Lebensstile suchen viele AktivistInnen nicht mehr nach kollektiven, sondern nach individuellen Strategien der Vereinbarung von politischem, ökonomischem und sozialem Alltag. Der gelegentlich von den AktivistInnen verwendete Begriff der »Postautonomen« spiegelt diese Ausdifferenzierung autonomer Lebensentwürfe bis hin zur Individualisierung wieder.
 3. *Subkultur:* Diese Ausdifferenzierung geht einher mit einer Pluralisierung subkultureller Stile. Das heißt allerdings nicht, dass die Bedeutung subkultureller Vergesellschaftung abnehmen würde. Aktuelle Untersuchungen scheinen eher darauf hinzuweisen, dass das »Leben in Szenen« (Hitzler/Bucher/Niederbacher 2001) insgesamt auch außerhalb der Jugendszenen an Bedeutung gewinnt. Und ein Blick in aktuelle linksradikale Bewegungszeitschriften und Veranstaltungskalender weist darauf hin, dass Momente subkultureller Identifikation eher noch an Bedeutung gewinnen. Auch nehmen Aktionsformen verstärkt einen bewusst performativen Charakter an.
 4. *Antiimperialismus:* Das Antiimperialismus-Frame bleibt auch im Kontext der aktuellen Proteste gegen die politischen und ökonomischen Folgen der Globalisierung präsent. Es bildet allerdings keinen master frame mehr, sondern dockt an ein neues Globalisierungs-Frame an, das die Bezugnahme auf Basisbewegungen und die Betonung der Rolle der Zivilgesellschaft im Kampf gegen die neoliberale Globalisierung in der Vordergrund stellt (Andretta u. a. 2003).
 5. *Antikapitalismus:* Bemerkenswert ist zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein Revival der Kapitalismuskritik. Auch wenn die verschiedenen linksradikalen Strömungen ihre Kapitalismuskritik auf sehr unterschiedliche Weise formuliert haben, gehörte ein antikapitalistisches Element doch immer zum Kernbestand linksradikaler Ideologien. Dass 15 Jahre nach dem »Ende der Geschichte« im Kontext der Globalisierungs- und Sozialproteste Antikapitalismus auch jenseits der linksradikalen Bewegungen wieder hoffähig geworden ist, ist sicherlich ein Verdienst dieser Bewegungen.
 6. *Militanz:* Ebenfalls im Kontext der Globalisierungs-Proteste erweist sich auch, dass die »Gewaltfrage« ein Dauerbrenner sozialer Bewegungen und linker Politik ist und wohl auch bleiben wird. Die Auseinandersetzungen um die Militanz des globalisierten »Black Bloc« wiederholen auf einer anderen Ebene die Militanzdebatten der Friedens- und vor allem Anti-AKW-Bewegung. Vor den G8-Protesten 2007 in Rostock deutete vieles darauf hin, dass sich in diesem Kontext eher das in der Anti-AKW-Bewegung praktizierte mehr oder weniger tolerante Nebeneinander verschiedener Aktionsformen und nicht die friedensbewegte Maxime der Gewaltfreiheit durchsetzen wird. Ob dies angesichts der Ereignisse während des Gipfels immer noch gilt, erscheint mir allerdings

fragwürdig.

Insgesamt wird in den aktuellen Protesten deutlich, dass sich linksradikale Bewegungen in ihrer autonomen Form nicht im Wohlgefallen der NGOs und alternativen ExpertenInnen auflösen werden. Auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts geht von den Autonomen weiterhin eine Provokationswirkung auf die Gesellschaft, die Politik und auf andere Bewegungen aus. Daneben lassen sich allerdings auch Tendenzen beobachten, die eine Rückkehr des klassischen Linksradikalismus mit seinen Parteien und nun möglicherweise auch linkspopulistischen Elementen erkennen lassen.

Anmerkungen

- 1 Dieser Artikel wäre ohne die Unterstützung, das Wissen und die Arbeit von Markus Mohr nicht in dieser Form zustande gekommen. Auch wenn Markus nicht als Autor genannt werden will, gebührt ihm ein wichtiger Anteil an diesem Text.
- 2 Die diversen kommunistischen Parteien und Gruppen, die sich in der Tradition der kommunistischen Arbeiterbewegung sehen, werden hier nicht erwähnt oder nur im Hinblick auf ihre Rolle im Antiimperialismus gestreift. Unberücksichtigt bleiben ebenfalls die verschiedenen anarchistischen Gruppen, die zweifellos zum Spektrum des bewegungsorientierten Linksradikalismus gehören, die aber auf der Mobilisierungsebene als eigenständige Akteure nur eine vergleichsweise geringe Rolle spielten und deren aktionistischer Flügel zudem nicht trennscharf von den Autonomen zu unterscheiden ist. Nur am Rande erwähnt werden die trotzkistischen Organisationen, die außerhalb der Hochschulen und der SPD-Jugendorganisationen erst im Kontext der Globalisierungsbewegung eine relevante Rolle gespielt haben.
- 3 Wenn man vom Ansatz der »Stadtguerilla« absieht, der weitgehend unter dem Schlagwort »linken Terrorismus« abgehandelt wird, gibt es zum Linksradikalismus der 70er Jahre nur wenig Literatur. Die Wirkungsgeschichte der maoistisch inspirierten Gruppen untersucht Bacia (1984, 1986a, 1986b, 1986c) aus parteiensoziologischer Perspektive. Koenen (2001) bietet einen – stark biographisch geprägten und auf die Affirmation der Gegenwart zentrierten – Einblick in die Organisationswelt des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW). Schröder (1990) publizierte eine aufschlussreiche Untersuchung über den Organisationsprozess unterschiedlicher maoistischer Gruppen, und Steffen (2003) beschreibt die Kontinuitätslinien des Kommunistischen Bundes (KB). Im Hinblick auf die in der zweiten Hälfte der 70er Jahre erstarkende Spontibewegung formulierte Kraushaar (1978), ein ehemaliger Frankfurter Aktivist, eine geharnischte Kritik. Zwei Jahre später legte Schütte (1980) zu Politikverständnis und Sozialpsychologie der Spontis eine etwas umfassendere und über die Frankfurter Szene hinausgreifende Arbeit vor. Quer zu diesen Gruppen- oder Verbandsdarstellungen liegt die Arbeit von Werkmeister (1975) über die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg.
- 4 Angesichts des medialen Interesses an den Autonomen herrscht auf Seiten der Bewegungsforschung eine überraschende Stille auf diesem Gebiet. Neben einer Reihe von Artikeln, die sich auf den Aspekt autonomer Massenmilitanz beschränken (Manns/Treusch 1987, Brumlik 1989, Reimitz 1989, Pfahl-Traugher 1998, vgl. aber differenzierter: Busch 1989) liegen inzwischen auch einige übergreifende Darstellungen vor. Schulze und Gross diskutieren in ihrem Buch Ursprünge und Entwicklungen der Autonomen als Konsequenz der durch die Krise des fordistischen Regulationsmodells ausgelösten Individualisierungs- und Marginalisierungstendenzen (Schulze/Gross 1997). Einen anderen Blickwinkel wählt Schwarzmeier (1999), der dem Wechselspiel

- subkultureller und politischer Elemente bei den Autonomen nachgeht, auch wenn er über weite Strecken das stereotype Autonom-Bild der »gewaltbereiten Chaoten« reproduziert. Einen wesentlich weiteren Blick präsentiert Katsiaficas (1997), der in »The Subversion of Politics« erstens auf die Gleichzeitigkeit der Entwicklung autonomer Bewegungen in verschiedenen europäischen Ländern eingeht und zweitens in einem politiktheoretischen Zugang das Konzept Autonomie als Muster einer gegen die Kolonisierung der Lebenswelt gerichteten (Anti-)Politik kollektiver Akteure entwirft. Haunss analysiert in seiner Studie Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen (Haunss 2004). Alle breiter angelegten Untersuchungen greifen auf die umfassende Darstellung autonomer Politik aus der Sicht eines AktivistInnen der Bewegung zurück, in dem der Autor einen Überblick über die historischen Vorläufer und die wichtigsten Ereignisse, Kampagnen und Debatten der Autonomen in den 80er Jahren (Geronimo 1990, überarbeitet und neu aufgelegt 1995, Geronimo u. a. 1992) und der 90er Jahre liefert (Geronimo 1997). Unmittelbarere Zeugnisse ihrer Berliner Bewegungsgeschichte liefern die Autoren des Lesebuchs »Autonome in Bewegung« (AG Grauwacke 2003).
- 5 Es gab auch bereits in der DDR eine HausbesetzerInnen-Bewegung. Das stillschweigende Besetzen leerer Wohnungen war eine faktisch anerkannte Praxis, um den langwierigen Beantragungs- und Genehmigungsweg der kommunalen Wohnungsverwaltung zu umgehen. Ähnlich wie in der BRD hatte sich auch dort im Kontext der HausbesetzerInnen eine vor allem musikalisch geprägte Subkultur herausgebildet (vgl. Remath/Schneider 1999).
 - 6 Zwischen September 1994 und Juni 2000 gab es nach Angaben von AktivistInnen der Anti-AKW-Bewegung mindestens 118 Anschläge (vgl. <http://www.mausev.privat.t-online.de/GH/gold2d.html> [15.2.2004]).
 - 7 In seinem Aufsatz über das Ritual der Vermummung geht Paris (1991) genau diesem Aspekt rebellischer Performanz nach. Auch Schwarzmeier (1999) verfolgt diese Spur, verliert aber in der Überbetonung der Figur des Kämpfers die spielerischen und selbstironischen Elemente, die sich beispielsweise in militanten Selbstinszenierungen der autonomen Anti-Olympia-Kampagne im Jahr 1992 in Berlin zeigten.
 - 8 Der Operaismus ist eine marxistische Theorie- und Bewegungsströmung, die in (Nord-)Italien in den 60er Jahren entstanden ist und die die Subjektivität der Arbeiter anstelle der Objektivität der Verhältnisse in den Vordergrund der Analyse stellte. Sie bildete den Ausgangspunkt der *Autonomia Operaia*, die wiederum ein zentraler Bezugspunkt für die deutschen Autonomen war.
 - 9 www.indymedia.org, stressfaktor.squat.net, www.bewegungsmelder.org

7. Weiterführende Literatur

- Geronimo (1990): Feuer und Flamme, Zur Geschichte und Gegenwart der Autonomen, Amsterdam
- Geronimo (1997): Glut & Asche, Reflexionen zur Politik der autonomen Bewegung, Münster
(Die zwei Bände des unter dem Pseudonym Geronimo schreibenden Autors stellen die umfassendste Darstellung der Autonomen Bewegung aus der Perspektive eines AktivistInnen dar, der dennoch eine gewisse kritische Distanz zur Bewegung wahrt.)
- Koenen, Gerd (2001): Das rote Jahrzehnt, Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln
(Ein stark biographisch geprägter Einblick in die Organisationswelt des Kommunistischen Bundes Westdeutschlands (KBW), der neben dem KB wichtigsten Kaderpartei der 70er Jahre.)
- Katsiaficas, George (1997): The Subversion of Politics, European Autonomous Social Movements and the Decolonization of Everyday Life, New Jersey
(Eine interessante Analyse, die die Auto-

nomen nicht auf ihre militante Außenwirkung beschränkt, sondern als Teil einer in vielen Ländern sich parallel entwickelnden Bewegungsströmung betrachtet, deren Kern die Verteidigung und Wiederaneignung der Lebenswelt ist.)

Steffen, Michael (2003): Geschichten vom Trüffel-schwein, Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes von 1971–1991, Berlin

(Eines der wenigen nicht von einem (ehemaligen) Aktivisten geschriebenen Bücher über die politische Bedeutung der K-Gruppen, in diesem Falle den Kommunistischen Bund (KB), für die bundesrepublikanische Linke.)

Werkmeister, Frank (1975): Die Protestbewegung gegen den Vietnamkrieg in der Bundesrepublik Deutschland 1965-1973, Marburg

(Umfassende Darstellung der verschiedenen Strömungen der bundesdeutschen Vietnamsolidarität und ihrer Aktivitäten.)